Smart
for Democracy
and Diversity

Rassismus und Diskriminierung bekämpfen:

Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen, Verbände und Lobby-Gruppen

SDD - Handlungsempfehlungen

Kontaktdaten, die Liste der assoziierten Partner, Neuigkeiten zum Projekt sowie Nachrichten und Veröffentlichungen finden Sie auf der SDD-Website: www.sdd-game.eu

Co-funded by the Erasmus+ Programme of the European Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung tragen allein die Verfasser*innen; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

SDD-Partner und Co-Autor*innen

Projektkoordination

ISIS Institut für Soziale Infrastruktur gGmbH (Deutschland)

Jesper Schulze, Yannick Helgers.

Partner

AFEdemy (Niederlande)

Willeke van Staalduinen, Jonas Bernitt, Bart Borsje, Javier Ganzarain.

AGE Platform Europe

Ilenia Gheno, Apolline Parel.

Bildungsstätte Anne Frank (Deutschland)

Nava Zarabian.

Charles University Prague (Tschechien)

Bob Kurik, Marie Hermanova, Jan Charvat.

Lunaria (Italien)

Sergio Andreis, Sara Mandozzi, Mara Petrocelli.

SHINE2Europe (Portugal)

Carina Dantas, Juliana Louceiro.

Inhalt

1. Einleitung: Das SDD-Projekt 5

Der SDD-Ansatz 5

SDD- Themen und Output 5

2. Handlungsempfehlungen: EU-Ebene 8

3. Handlungsempfehlungen: Nationale Ebene 12

4. Handlungsempfehlungen: regionale Ebene 14

5. Handlungsempfehlungen: lokale Ebene 16

6. Good practices 18

Tschechien 18

Deutschland 19

Italien 20

Niederlande 21

Portugal 22

Experiencing
Hate Speech
Responses, Coping Strategies
& Interventions
Compendium
EQUALITY
in
DIVERSITY
Smart for Democracy
and Diversity

Meet Klara
Meet Mateo
Meet Marilyn

TE LO DICO
ANCHE IN LATINO
IO QUI SONO
CITTADINO

1. Einleitung: Das SDD-Projekt

Das Projekt "Smart for Democracy and Diversity" (SDD) zielt darauf ab, die demokratische Kompetenz, d. h. die bürgerliche Teilhabe, durch politische Bildung wie folgt zu stärken:

- Widerspruch sichtbar machen: Politische Bildung muss Diskussionen aufgreifen und grundlegende Meinungsverschiedenheiten aufzeigen.
- Reflexivität anerkennen: Das Projekt soll kritisches Denken fördern mit dem Ziel, die Reflexion über die eigene Haltung anzuregen.
- Veränderungen herbeiführen: Wer über kritische Themen gut informiert ist, kann sich selbstbewusst für Veränderungen einsetzen. Das Wissen über Formen der Diskriminierung sowie die Vertrautheit mit Strategien dagegen führt dazu, die eigenen Positionen zu hinterfragen und sich für mehr Gleichheit, Demokratie, Partizipation und soziale Inklusion einzusetzen.

Der SDD-Ansatz

SDD zielt darauf ab, Positionen und Erfahrungen von Diskriminierung sichtbarer zu machen. Auf diese Weise soll ein selbstreflexiver und empathischer Zugang zum Thema gefördert werden, wie er beispielsweise in antirassistischen und feministischen Bildungsworkshops eingesetzt wird. Die Erfahrung zeigt, dass es den Teilnehmenden oft schwerfällt, die Perspektive zu wechseln, wenn herkömmliche Mittel wie Wissensvermittlung eingesetzt werden. Das Projekt will diese Lücke durch den multimedialen Ansatz eines Lernspiels und des Begleitmaterials schließen.

SDD- Themen und Output

Gleichheit und Teilhabe sind grundlegende Werte einer demokratischen Gesellschaft. Gleichzeitig ist es wichtig, Ungleichheiten und Diskriminierungen zu erkennen und in der Lage zu sein, Lösungen vorzuschlagen. Dies erfordert die Fähigkeit, Probleme anzusprechen, grundlegende Differenzen aufzuzeigen und kritisch zu denken. Es ist wichtig, sich selbst zu stärken,

indem man sich auf reflektierte und ausgetauschte Erkenntnisse und Positionen stützt und so die Fähigkeit stärkt, eine eigene Haltung zu entwickeln.

- Das Compendium " Hate Speech: Reaktionen, Bewältigungsstrategien & Interventionen" enthält Interviews mit Expert*innen, Nichtregierungsorganisationen, Personen, die Diskriminierung erfahren haben sowie Erfahrungsberichte und Handlungsoptionen. Es ist auf der SDD-Webseite zu finden und in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch und Tschechisch verfügbar.

Die Folgen von Hassreden sind für Betroffene verheerend: Besonders bei jüngeren Menschen können sie das Selbstvertrauen, welches wichtig für die persönliche Entwicklung und die des eigenen Potentials ist, negativ beeinflussen. Aus einem SDD-Interview.

- Das größte Augenmerk liegt auf der interaktiven Lernplattform, auf der Sie auch das Lernspiel finden. Die Szenen und Materialien wurden gemeinsam mit Personen entwickelt, die Diskriminierung erfahren haben. Ziel ist es, Zugang zu den Erfahrungen und Sichtweisen der Betroffenen zu erhalten sowie Handlungsoptionen zu erleben und zu erproben. Dazu kann sich die Spieler*innen frei im Spiel bewegen und die verschiedenen Inhalte erkunden.

- Das Trainer-Manual wurde begleitend zur Lernplattform entwickelt und enthält Hintergrundwissen und Workshop-Konzepte. Es dient als Leitfaden für Erwachsenenbildner*innen.

Bei der Erfahrung von Rassismus handelt es sich um einen sehr wichtigen Aspekt, ich nenne ihn das Rassismus-Dreieck - in Bezug auf die beteiligten Personen. Täter, Opfer und die dritte Partei, die Zuschauenden.
Aus einem SDD-Interview.

Die folgenden „Policy-Recommendations“ und Beispiele bewährter Praktiken, die sich aus der von den SDD-Partnerorganisationen durchgeführten Sekundärforschung ergeben haben, richten sich an politische Entscheidungsträger*innen, Verbände und Lobbygruppen und sollen sie zu künftigen Maßnahmen inspirieren.

2. Handlungsempfehlungen: EU-Ebene

Die EU-Grundrechtecharta - Artikel 21: Anitdiskriminierung.

- Die EU-Mitgliedstaaten, die gegen die Charta verstoßen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Neue Mitglieder müssen daraufhin überprüft werden, ob sie sich für die Bekämpfung von Diskriminierung einsetzen und ob sie dies durch nationale Gesetze und Maßnahmen umsetzen können.

Der Rahmenbeschluss 2008/913/JHA des Europäischen Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist in seinem Anwendungsbereich begrenzt.

- Erweiterung der Liste der EU-Straftaten, um Hassrede (Hate Speech) und Hassverbrechen über die derzeit im Rahmenbeschluss 2008/913/JHA genannten Gründe hinaus zu erfassen. Die Liste der EU-Straftaten sowie die EU-Rechtsvorschriften und -Initiativen sollten neben anderen Diskriminierungsgründen, die in Artikel 19 AEUV aufgeführt sind, auch Altersdiskriminierung abdecken.

Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Festlegung von Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JHA.

- Sicherstellen, dass Personen, die am ehesten mit Opfern in Kontakt kommen, (Polizeibeamte, Gerichtsbedienstete, wie Anwälte, Richter und Staatsanwälte) folgende Grundlagen lernen: A. Obligatorische Schulung über strukturellen Rassismus und dessen Auswirkungen auf Gemeinschaften und Einzelpersonen auswirkt. B. Obligatorische Schulung darüber, was Ageismus und Altersdiskriminierung sind und wie sie sich negativ auf ältere Menschen auswirken. C. Anleitung und Methodik für die Anwendung eines intersektionellen Ansatzes beim Umgang mit Hassdelikten. Es ist wichtig, die strukturellen Barrieren und Ungleichheiten, mit denen Minderheitengruppen konfrontiert werden, bekannt sind.

- Sicherstellen, dass bei der Überarbeitung der Richtlinie über die Rechte von Opfern in der EU und der EU-Strategie für die Rechte von Opfern 2020-2025 die strukturellen Hindernisse angegangen werden, mit denen ältere Menschen beim Zugang zur Justiz konfrontiert sind, darunter altersdiskriminierende Haltungen in Strafverfolgungs- und Justizsystemen sowie Hassrede und weit verbreiteter gesellschaftlicher Altersdiskriminierung.

Zum EU-Aktionsplan der Europäischen Kommissiongegen Rassismus 2020-2025.

- Entwicklung eines ähnlichen Aktionsplans, der jedoch auf ältere Menschen ausgerichtet ist. Eine solche EU-Strategie zur Gleichstellung des Alters würde die Anerkennung der Vielfalt älterer Menschen ermöglichen. Sie würde dazu beitragen, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Altersdiskriminierung weit verbreitet ist und wie sie als Triebfeder für Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung sowie andere Formen von Hassverbrechen wirken kann. Es sollte das Hauptziel einer EU-Strategie zur Gleichstellung des Alters sein, dazu beizutragen, Diskriminierung aufgrund des Alters systematisch zu bekämpfen. Eine EU-Strategie zur Gleichstellung des Alters würde einen menschenrechtsbasierten Ansatz ermöglichen, um sicherzustellen, dass die Rechte älterer Menschen auf EU-Ebene geachtet, geschützt und erfüllt werden.

Die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 09. Dezember 2021 mit dem Titel „Ein inklusiveres und schützendes Europa: Ausweitung der Liste der EU-Straftaten auf Hassreden und Hassverbrechen" zielt darauf ab, einen Beschluss des Rates zur Ausweitung der derzeitigen Liste der sogenannten "EU-Straftaten" gemäß Artikel 83 AEUV auf Hassreden und Hassverbrechen zu erwirken.

- Neben der Stärkung des rechtlichen Rahmens zur Bekämpfung von Hassreden und Hassverbrechen, sollte die EU auch Präventionsmaßnahmen entwickeln: A. Erhebung von nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselten Daten über Ageismus, Altersdiskriminierung, Hassreden und Hassverbrechen. Die Daten sollten nach verschiedenen Altersgruppen aufgeschlüsselt werden, um ein klares Verständnis für die Zusammenhänge zwischen

Altersdiskriminierung, Hassreden gegen ältere Menschen und Missbrauch älterer Menschen zu erhalten. B. Die EU sollte strukturelle Hindernisse beseitigen, die ältere Menschen erfahren, wenn sie rechtliche Hilfe benötige. Dazu gehören altersdiskriminierende Einstellungen in den Strafverfolgungs- und Justizsystemen sowie Hassreden und eine weit verbreitete gesellschaftliche Altersdiskriminierung.

Der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 08. März 2022 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zielt darauf ab, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen, um ein hohes Maß an Sicherheit und die uneingeschränkte Wahrnehmung der Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung von Frauen und Männern, zu gewährleisten. Der Vorschlag trägt somit zur Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bei. Der Vorschlag berücksichtigt neuere Phänomene wie die Cyber-Gewalt gegen Frauen, die in der Istanbul-Konvention nicht ausdrücklich behandelt werden.

- Umsetzung eines intersektionellen Ansatzes bei der Bekämpfung von Cyber-Gewalt und Hassreden im Internet. Es bestehen weitere Ungleichheiten zwischen Frauen, die mehrfachen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung ausgesetzt sind.

Hassreden sind ein Angriff auf Toleranz, Integration, Vielfalt und das Wesen unserer Menschenrechtsnormen und -grundsätze. Im weiteren Sinne untergraben sie den sozialen Zusammenhalt, gemeinsame Werte und können den Grundstein für Gewalt legen, was Frieden, Stabilität und Erfüllung der Menschenrechte, für alle zurückwirft.

Generalsekretär António Guterres bei der Vorstellung der Strategie und des Aktionsplans der Vereinten Nationen gegen Hassreden.

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates vom 07. Dezember 2022 über Mindeststandards für Gleichbehandlungsstellen zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ungeachtet der ethnischen Herkunft, des Berufes, der Religion oder der Weltanschauung, einer körperlichen oder geistigen Einschränkung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sowie des

Geschlechts und den Zugang zu Versorgung und Dienstleistungen und zur Streichung von Artikel 13 der Richtlinie 2000/43/EG und Artikel 12 der Richtlinie 2004/113/EG.

- Bereitstellung angemessener und ausreichender Ressourcen für die Gleichstellungsstellen in der gesamten EU, damit diese in der Lage sind, die Opfer von Diskriminierung angemessen zu unterstützen und gegen mehrfache und sich überschneidende Formen von Diskriminierung vorzugehen. Begrenzte Ressourcen werden die Gleichstellungsstellen daran hindern, ihre Aufgabe zu erfüllen.

- Gewährleistung der Beteiligung von NGOs an der Überwachung und Meldung von Formen der Diskriminierung. Mitgliedsorganisationen sind von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, die Stimmen von Menschen zu vertreten, die mit strukturellen Barrieren konfrontiert sind.

Gegenwärtig ist die Altersdiskriminierung nur im Bereich der Beschäftigung und der Berufsausbildung durch die EU-Beschäftigungsrahmenrichtlinie abgedeckt.

- Die EU sollte Altersdiskriminierung auch in Bezug auf Hate speech und Hassverbrechen berücksichtigen und ernst nehmen.

3. Handlungsempfehlungen: Nationale Ebene

Alle Formen von Diskriminierung, Rassismus, Hassrede und -verbrechen sowie racial profiling sollten verboten und gesetzlich geahndet werden, und zwar so dynamisch, dass auch neu entstehende Muster, wie z. B. im Internet, berücksichtigt werden.

- ➢ Verankerung dieses Verbots in den nationalen Verfassungen und Einrichtung nationaler Überwachungsmechanismen, um wirksame Kontrollen zur Bekämpfung und Vermeidung dieser Diskriminierungsformen zu gewährleisten.

Nicht alle gesellschaftlichen Gruppen, die derzeit unter Diskriminierung leiden, werden rechtlich geschützt. Nach den Daten, die das Büro für soziokulturelle Planung zum Thema Diskriminierung im Jahr 2020 veröffentlicht hat, sind mehr als ein Viertel der niederländischen Einwohner*innen von Diskriminierung betroffen, wobei die jährlichen Zahlen zeigen, dass nur einige Tausend Menschen Diskriminierungserfahrungen melden.

- ➢ Ausdrückliche rechtliche Schutzmaßnahmen für Opfer von Altersdiskriminierung, LGBTQ+- und Behindertenfeindlichkeit sowie die Einleitung von Maßnahmen, die die Bereitschaft der Betroffenen erhöhen, Anzeige zu erstatten.

Bei der Aufklärung von Polizei- und anderen Strafverfolgungsbeamt*innen über Formen der Diskriminierung müssen soziale Entwicklungen, Migration und die Tatsache, dass die Gesellschaft, in der wir leben, immer multikultureller wird, berücksichtigt werden.

- ➢ Um Misstrauen in die nationalen Rechtssysteme zu vermeiden, das dazu führen kann, dass sich Opfer von Diskriminierung und Hassreden zurückziehen und die Bildung segregierter Bevölkerungsgruppen verstärkt, sollten für alle Polizei- und Strafverfolgungsbeamt*innen regelmäßige Antidiskriminierungsschulungen sowie Schulungen für einen sensiblen Umgang mit Opfern von Hassreden angeboten werden.

Ich habe sehr schlechte Erfahrungen mit der Justiz und den Medien gemacht: Ich meldete das Stalking, dem ich zum Opfer gefallen war, und man ließ mich alleine. Es passierte nichts. Aus einem SDD-Interview.

Potenzielle Diskriminierungsopfer werden nicht über ihre Rechte informiert.

- ➢ Regierungen sollten Informationskampagnen in den (sozialen) Medien, um alle Bürger*innen darüber zu informieren, gegen welche Arten von Diskriminierung sie rechtlich vorgehen können und wie. Marginalisierte soziale Gruppen sollten dort, wo sie leben und sich treffen, gezielt angesprochen und informiert werden.

Aufenthaltsgenehmigungen aus humanitären Gründen und/oder aufgrund internationaler Verpflichtungen sind nach wie vor nicht garantiert, und Vereinbarungen mit Drittländern ermöglichen Menschenschmuggel.

- ➢ Humanitäre Aufenthaltsgenehmigungen sollten als rechtsverbindlich anerkannt werden; Migration sollte gemäß der Genfer und der Europäischen Menschenrechtskonvention behandelt werden; Vereinbarungen mit Drittländern, wie die zwischen Italien und Libyen, sollten auf der Grundlage der EU-Grundrechtecharta (neu) ausgehandelt werden; Nationale Staatsbürgerschaftsgesetze sollten die soziale Eingliederung fördern und Menschen, die in den EU-Mitgliedstaaten geboren sind, als Bürger*innen anerkennen..

Es geschah im vergangenen Januar, während der Online-Präsentation meines neuesten Buches "The desert generation", die von der Turiner Gruppe für Hebräische Studien und dem Institut für die Geschichte des Widerstands organisiert wurde. Wenige Minuten nach dem Beginn der Rede eines der Gastredner wurde ein Zoom-Bombardement gestartet. Personen mit fake-Profilen riefen "Seit wann darf eine jüdische Frau Bücher veröffentlichen?", "Juden in die Öfen", "Versteckt euch", während auf ihren Bildschirmen Bilder von Adolf Hitler erschienen und als musikalische Untermalung "Faccetta nera" (eines der populärsten Lieder aus Mussolinis Zeiten) lief.

Aus einem SDD-Interview.

4. Handlungsempfehlungen: regionale Ebene

Das Bewusstsein der Bürger*innen gegenüber Diskriminierung und für einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt sensibilisieren und stärken.

- Bundesländer Informationskampagnen starten, an denen Geschäfte, Unternehmen, Gewerkschaften, Berufsverbände und Organisationen der Zivilgesellschaft, religiöse Zentren und Gruppen, Schulen, Universitäten und lokale Medien beteiligt sind, um das Bewusstsein dafür zu schaffen, Diskriminierung im Alltag abzulehnen und so die Lebensqualität aller zu verbessern.

Die Anerkennung aller Religionsgemeinschaften ist noch lange nicht ausreichend in der Gesellschaft verankert.

- Bundesländer sollten umfassende Gesetze zur Religionsfreiheit verabschieden, die zur Achtung aller Religionsgemeinschaften, der Freiheit der Religionsausübung und der Würde bei der Ausübung der religiösen Rechte beitragen und Diskriminierung bekämpfen.

Bildung spielt eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Diskriminierung. Erzieher*innen und Lehrer*innen sollten dabei unterstützt werden.

- Die Bildungsministerien der Länder müssen ein wirksames System für die Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen entwickeln; sie sollten die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Personen und Einrichtungen fördern, die sich für die Bekämpfung von Diskriminierung und Hassreden einsetzen (z. B. Forschungsinstitute, Lehrer*innen, Strafverfolgungsbehörden und Bürgervereinigungen).

Initiativen gegen Hassreden.

- Regionale Medien sollten Blogs und Publikationen, die Gegennarrative oder Informationskampagnen gegen Hassreden anbieten, unterstützen und fördern, insbesondere dann, wenn sie Teil einer gemeinnützigen Organisation, Schule oder Universität sind. Darüber hinaus ist die Verleihung eines "No Hate"-Zertifikats möglich, wie sie die

Parlamentarische Allianz gegen Intoleranz und Rassismus des Europarats vergib.

Medien spielen eine entscheidende Rolle bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Diskriminierung und es sollte auch auf regionaler Ebene sichergestellt werdem, dass die von ihnen veröffentlichten Informationen korrekt sind.

- Bekämpfung von Stereotypen und Rassismus durch Stärkung des Verantwortungsbewusstseins in den regionalen Medien, insbesondere im Internet, ist wichtig, um Hassreden zu verhindern, wozu auch Falschinformationen gehören.

Da Hassreden tagtäglich vorkommen und nur selten bei Polizei und Gerichten landen, ist es wichtig, Aufklärung und Aktionismus durch Bildung zu fördern, damit Umstehende handeln, wenn sie Zeugen Diskriminierung werden.

- Förderung einer Kultur der Zivilcourage durch Programme, Aktionen und Initiativen auf regionaler und lokaler Ebene.

5. Handlungsempfehlungen: lokale Ebene

Untersuchungen zeigen, dass auf dem Wohnungsmarkt viel Diskriminierung stattfindet.

- ➢ Schaffung objektiver Bedingungen bei der Auswahl von Bewerbern für Wohnungen. Bei Verstößen müssen Markler*innen und Vermieter*innen sanktioniert werden können.

Um auch auf lokaler Ebene gegen Diskriminierung vorzugehen, sollte jede Gemeinde über eine sogenannte Antidiskriminierungsstelle verfügen.

- ➢ Beschwerden über Diskriminierung oder Rassismus bei einer unabhängigen Stelle in Städten und Gemeinden müssen möglich sein.

Opfer von Hassreden erwähnten häufig, dass das psychologische Unterstützungsnetz dichter, besser zugänglich und mit mehr Personal ausgestattet sein sollte.

- ➢ Lokale Beratungsorganisationen, die in der Antidiskriminierungsaufklärung tätig sind, sollten besser ausgestattet werden; auch sie sollten Schulungen zu Diskriminierung und Hassreden erhalten, um besser auf die Bedürfnisse der Opfer eingehen zu können; ihre Stellung sollte langfristig stabil sein, ohne unsichere Arbeitsbedingungen und schlechte Finanzierung.

Sport und Rassismus.

- ➢ Einbindung der lokalen Sportverbände in eine Kampagne gegen Rassismus im Sport. Forderung nach Durchsetzung der Regeln für die Unterbrechung von Spielen und Sportwettbewerben im Falle von rassistischem oder antisemitischem Verhalten oder Gesängen.

Sensibilisierung und antirassistische Bildung von Bürger*innen.

- ➢ Anregung einer breiten Diskussion über nationale und europäische Expansion und Kolonialismus in Schulen und Bildungseinrichtugnen, auf der Grundlage historischer Forschungsarbeiten in diesem Bereich. Diese Diskussion sollte komplexe und vielfältige Sichtweisen anerkennen und unterschiedliche Geschichten und Akteure sichtbar machen, einschließlich des Leidens und des Widerstands und der

systematischen Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten.

Meine Empfehlungen, Wünsche und Bedürfnisse sind eher ein Aufruf an den Einzelnen zu handeln: Wenn jemand Zeuge von Hassreden wird, sollte die Person eingreifen und das/die Opfer unterstützen und eingreifen oder, falls sie das nicht können, die Polizei rufen.

Aus einem SDD-Interview.

6. Good practices

Tschechien

HateFree Culture

Ein Projekt der Agentur für soziale Eingliederung der Regierung der Tschechischen Republik. Es wurde im November 2014 als Teil der Kampagne gegen Rassismus und Hassgewalt ins Leben gerufen. Es reagiert auf die Zunahme negativer Einstellungen gegenüber Gruppen von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, sexuellen Orientierung, Religion, Subkultur, Behinderung oder anderer Unterschiede. Seit 2015 konzentriert legt es auch auf die europäische Migrationskrise. Außerdem konzentriert sich die Initiative auf die Entlarvung von Gerüchten und Falschmeldungen.

Varianty

Es gehört seit 2001 zu den von der Stiftung "Menschen in Not" angebotenen Bildungsprogrammen. Das Programm bietet eintägige und langfristigere Kurse für Lehrkräfte, Schulverwaltungen, Studierende in allen Bereichen der Pädagogik. Die Kurse befassen sich mit integrativer Bildung, Erziehung zu globaler Verantwortung, Förderung der aktiven Bürgerschaft, Entwicklung der Kommunikation an Schulen und mit modernen Unterrichtsmethoden.

Die *Hlavák* Initiative („Die Hauptbahnhof-Initiative“)

Gegründet im Jahr 2015 als Reaktion auf die Ankunft von Flüchtlingen aus Syrien, Irak und Afghanistan. Sie ist seit 7 Jahren am Hauptbahnhof in Prag tätig und hat in dieser Zeit mehr als zehntausend Geflüchteten geholfen. Derzeit ist sie die einzige Organisation, die Geflüchteten aus der Ukraine, Syrien und Menschen aus anderen Ländern am Bahnhof koordiniert und unterstützt. Die Initiative hilft bei der Orientierung vor Ort, bietet Informationen und grundlegende humanitäre Hilfe.

Deutschland

***Hessischer Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt* (APAV)**

Aktionsplan, der von den Selbstvertretungsorganisationen lesbischer, schwuler, bisexueller, trans*, intersexueller und queerer Menschen gemeinsam mit der Hessischen Landesregierung unter Federführung der Antidiskriminierungsstelle entwickelt und im Juni 2017 veröffentlicht wurde. Ziel ist es, umfassende Handlungsempfehlungen vorzulegen, um die Lebenssituation der LGBT*IQ-Community in den Blick zu nehmen, zu verbessern und bestehende Diskriminierungen nachhaltig abzubauen. Dazu gehören die Förderung der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, die Wertschätzung von Vielfalt auch in der staatlichen Verwaltungsorganen und die Prävention von homo- und trans*feindlicher Gewalt bis hin zu Empowerment und Unterstützung beim Aufbau von Strukturen, Vernetzung und Austausch.

stadtRAUMfrankfurt

"stadtRAUMfrankfurt" wird vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt (AMKA) bereitgestellt. AMKA wurde 1989 gegründet und ist das älteste städtische Amt für alle Fragen rund um Vielfalt, Zuwanderung und Antidiskriminierung. Die Arbeitsräume werden seit Ende 2019 zur Verfügung gestellt. Sie bieten Vereinen, Initiativen und anderen Gemeinschaften die Möglichkeit, kulturelle oder sportliche Veranstaltungen, Workshops und Ausstellungen zum Thema Antidiskriminierung oder interkulturelles Leben in Frankfurt durchzuführen. Die Nutzung von "stadtRAUMfrankfurt" ist kostenlos.

Hessen. Da geht noch was

"Hessen. Da geht noch was" ist eine Kampagne, die von Dezember 2022 bis 2024 läuft und sich darauf konzentriert, das Bewusstsein für die Diskriminierungserfahrungen von Menschen in Hessen zu schärfen. Die Kampagne will auch einen großen Fokus auf Intersektionalität legen. Sie will Geschichten von Menschen teilen, die von Diskriminierung betroffen sind und ist in den sozialen Medien präsent. Ab April 2023 sind intersektionale Antidiskriminierungsworkshops als zusätzliches Bildungsangebot geplant.

Italien

UNAR

"Zur Verteidigung der Unterschiede" arbeitet UNAR unabhängig innerhalb der Abteilung für Chancengleichheit der Präsidentschaft des italienischen Ministerrats. UNAR wurde 2003 als nationale Kontaktstelle gegen Diskriminierung und durch den Aufbau eines subsidiären und integrierten Governance-Modells gegründet, das Vereinbarungen und Protokolle festlegt Arbeitsgruppen mit lokalen und nationalen Institutionen, NGOs und Verbänden, der Sozial- und Zivilgesellschaft kooperiert, um eine Kultur aufzubauen und zu stärken, die sich gegen alle Formen von Rassismus wendet.

Ausschuss für Hass, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus des italienischen Parlaments – 2016 - 2017

Der Ausschuss hat Ausmaß, die Ursachen und die Auswirkungen von Hassreden untersucht, die definiert werden als "Befürwortung, Förderung oder Aufstachelung zur Verunglimpfung, zum Hass oder zur Verleumdung einer Person oder Personengruppe sowie jegliche Belästigung, Beleidigung, negative Stereotypisierung, Stigmatisierung, oder Bedrohung einer solchen Person oder Personengruppe sowie die Rechtfertigung aller vorgenannten Arten von Äußerungen aufgrund der Hautfarbe, Abstammung, nationalen oder ethnischen Herkunft, des Alters, Einschränkungen, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, des Geschlechts, der Geschlechtsidentität, der sexuellen Ausrichtung und anderer persönlicher Merkmale. " (Definition des ECRI-Europarates).

Außerordentlicher Ausschuss des italienischen Senats zur Bekämpfung von Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Aufstachelung zu Hass und Gewalt

Der 27. Januar 2023 ist der internationale Holocaust-Gedenktag und der 78. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Am 19. Januar 2023 hat der italienische Senat einstimmig beschlossen, den Ausschuss unter dem Vorsitz der Senatorin auf Lebenszeit Liliana Segre, die das Konzentrationslager Auschwitz überlebt hat, einzurichten.

Niederlande

Nationale Koordinierung gegen Diskriminierung und Rassismus

In den Niederlanden wurde im Jahr 2021 eine nationale Koordination gegen Diskriminierung und Rassismus geschaffen. Diese hat mit einem mehrjährigen nationalen Programm die Aufmerksamkeit auf Diskriminierung und Rassismus gelenkt. Im Jahr 2022 führte dies zu einem "Ad-hoc-Bericht" mit politischen Empfehlungen.

Bildung: Informationen und Training zur Prävention

Die Stiftung für Integration und Antidiskriminierung organisiert gezielte Bildungs- und Schulungsmaßnahmen im Rahmen ihres Programms "Erkennen, erkennen und weiterhelfen". Die Schulungen zielen darauf ab, den Umgang mit Vorfällen, Diskriminierung und Ausgrenzung zu verbessern. Die Stiftung bietet auch Schulungen und Informationen für die Primär- und Sekundarstufe an, z. B. über den Umgang mit Mobbing.

***Ausschließlich für Inklusion:* Bottom-up-Arbeit zur Eingliederung und Antidiskriminierung von gefährdeten Gruppen**

Die Stiftung für Inklusion und Antidiskriminierung hat in mehreren Gemeinden das Programm "Exklusiv für Inklusion" ins Leben gerufen, bei dem Bürger*innen, lokale, zivilgesellschaftliche Organisationen u.a. die Initiative ergreifen, um Informationen über soziale Probleme auszutauschen. Die wird auf lokalen Plattformen sichtbar gemacht und zur Förderung von Antidiskriminierung und Inklusion genutzt.

Unser Fußball ist für alle da

Nach den rassistischen Äußerungen gegenüber des Excelsior-Spielers Mendes Moreira während des Spiels im 17. November 2019 haben mehrere Verbände Vereinbarungen getroffen, um Rassismus und Diskriminierung im Fußball mit der Kampagne "Unser Fußball ist für alle da" entgegenzuwirken. Ziel ist es, eine breite positive Bewegung zu schaffen, die in drei Richtungen arbeitet: (1) Prävention (2) Signalisierung und (3) Sanktionierung.

Portugal

Nationaler Plan zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung (2021-2025)

Portugal hat den ersten Nationalen Plan zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung (2021-2025) entwickelt, genehmigt und umgesetzt. Dieser Plan enthält eine integrierte Strategie mit transversalen und spezifischen Ansätzen und erkennt Rassismus als strukturelles Problem an. Er definiert Schlüsselbereiche für Interventionen: Regierungsführung, Bildung, Sicherheit, Gerechtigkeit, Gesundheit, Wohnen, Erwerbstätigkeit, Datenerfassung, soziale Beteiligung und Massenmedien.

Bildung: Information und Training

Die Geschichte der Sklaverei ist Teil der Geschichte der portugiesischen Gesellschaft. Portugal war das Land, in dem der transatlantische Handel mit Menschen, hauptsächlich aus Afrika, begann. Inoffizielle Schätzungen gehen davon aus, dass seit dem 14. Jahrhundert etwa 30 Millionen Menschen aus Afrika verschleppt und als Sklaven verkauft wurden. Dennoch ist es eine Geschichte, über die die Portugiesen kaum sprechen. Die "African Lisbon Tour" ist eine Tour durch Lissabon, bei der Informationen darüber vermittelt werden, wie dieser Handel ablief, und einige Hinterlassenschaften der afrikanischen Präsenz in Portugal gezeigt werden. Es ist wichtig, über die Geschichte derer zu sprechen, die jahrhundertelang versklavt wurden und deren Geschichte im Verborgenen liegt. Es ist so möglich, Lissabon kennenzulernen, den Ursprung von Problemen im Zusammenhang mit Rassismus und Diskriminierung in der portugiesischen Vergangenheit und Gegenwart zu verstehen und auch einen Teil der Geschichte des Widerstands und des Kampfes der schwarzen Bevölkerung in Lissabon kennenzulernen.

Das Projekzt: *Gaia 100 Preconceito*

Das Projekt "Gaia 100 Preconceito" wird durch das Programm Cidadãos Ativ@s finanziert. Die Vereinigung für Familienplanung arbeitet in Partnerschaft mit dem isländischen Zentrum für Menschenrechte, der Stadtverwaltung von Vila Nova de Gaia, der Vereinigung der Roma-Mediatoren Portugals und dem

Schulverband von Villa d'Este an einem Ansatz zur Förderung der sozialen Integration der Roma in Vila Nova de Gaia (Nordportugal). Das Projekt zielt darauf ab, den Zugang zu Gesundheit, Bildung, Erwerbstätigkeit und Gerechtigkeit zu verbessern. Es zielt auch darauf ab, Diskriminierung zu bekämpfen, indem es negative Darstellungen dekonstruiert und die aktive Teilnahme und volle Bürgerrechte fördert. Das Projekt soll Roma-Frauen ermutigen, sich für die Gleichberechtigung einzusetzen, geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt zu bekämpfen Bei Fachleuten im Sozial- und Gesundheitsbereich wird sich das Projekt auf die Entwicklung von Fähigkeiten und Kenntnissen zur Förderung der Eingliederung von Roma konzentrieren und Fachleute im Bereich der Interessenvertretung ausbilden.

dymove
diversity on the move

REPÚBLICA PORTUGUESA
CICDR

Copyright (c) 2023 Smart for Democracy and Diversity - Konsortium

Diese Veröffentlichung ist lizensiert unter einer internationalen

Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 Lizenz (CC BY SA4.0)

Smart
for Democracy
and Diversity

www.sdd-game.eu